

Innere Sicherheit als Gegenstand bisheriger Forschungen

Es handelt sich bei der Auseinandersetzung mit den ausgewählten Studien in diesem Kapitel *nicht* um eine diskursanalytisch ausgerichtete Detailuntersuchung, wie sie im späteren Empirieteil vorgenommen wird. Vielmehr geht es um eine kritische Sichtung einzelner, möglicherweise konkurrierender Analysen, mit der Absicht, die vorgelegte Untersuchung in den Stand der bisherigen Forschung einzurücken, d.h. Kontinuitäten offenzulegen und zugleich diesbezügliche Desiderata zu benennen. Beabsichtigt ist, den erkenntnistheoretischen Zugewinn und die Grenzen dieser Arbeit hinsichtlich des Themas Innere Sicherheit zu umreißen.

Ebenso gilt es darauf hinzuweisen, dass einerseits (Sach-)Literatur zum Thema Innere Sicherheit nicht notwendigerweise Forschung ist und andererseits umfangreiche Buchpublikationen – auch wenn sie keine Forschungsarbeiten im klassischen Sinne sein mögen –, gleichwohl analytisch und theoretisch damit konkurrieren (können). Die Zahl der Experten zum Thema Innere Sicherheit ist folglich fast so umfangreich und unübersichtlich, wie der Begriff selbst schillernd – was vermutlich in direktem Zusammenhang steht.

Da kritische Positionen zu Innerer Sicherheit häufig in einem im weitesten Sinne sozialwissenschaftlichen Kontext angesiedelt sind, gibt es zwar viele Texte, die im Ansatz gesellschaftswissenschaftlich argumentieren, aber nur wenige, die als Forschungsarbeiten im engeren Sinne zu verstehen sind. Deshalb wird in dieser Arbeit unter Forschungsarbeit verstanden: umfangreich (Buchform), fachdiskursiv spezifisch zuordenbar (Soziologie, Politikwissenschaften), folglich hochgradig geregelt, d.h. über die entsprechenden Merkmale der Diskursform *wissenschaftliche Arbeit* zu erkennen (klassische Gliederung, Gegenstandsbe-

stimmung, Ausweis der Untersuchungsmethode, verwiesene Fachliteratur/Zitierungen, Fußnoten) und schließlich: den Untersuchungsgegenstand als Innere Sicherheit benennend oder zumindest die Kategorie im Titel führend.

Innere Sicherheit und Sozialwissenschaft – eine erste Annäherung

Die im Einleitungskapitel angesprochene anhaltende Konjunktur des Themas Innere Sicherheit manifestiert sich nicht nur in immer neuen Gesetzen, personellen und organisatorischen Veränderungen im Sicherheitsapparat, (sicherheits-)politischen Texten und Fachbeiträgen von Experten. Gleichzeitig erfolgt deren Bearbeitung in Gestalt wissenschaftlicher (hier: sozialwissenschaftlicher) Forschung. Das heißt, es ließe sich, entsprechend einer *Geschichte* der Politik Innerer Sicherheit selbst, durchaus auch von einer *Geschichte* ihrer sozialwissenschaftlichen Bearbeitung sprechen.

Dass die Politik Innerer Sicherheit und diesbezügliche sozialwissenschaftliche Forschungen nicht immer trennscharf zu behandeln sind, deutete Anfang der 1980er-Jahre schon Hubert Beste (1983) an, der in einer umfangreichen Arbeit zu dem Zusammenhang von *Innerer Sicherheit und Sozialforschung* von einem „hochkomplexe[n] Verbundsystem zwischen Wissenschaft und Politik“ (ebd.: VII) spricht. Hinzu kommt, dass sich außeruniversitäre Forschungsinstitute häufig durch besondere Regierungs- und Polizeinähe auszeichnen, wie das Beispiel der Fachrichtung Kriminologie zeigt (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1998: 26). Ohnehin ist die vermehrte Inanspruchnahme sozialwissenschaftlicher Forschung durch die Sicherheitsbehörden ein Spezifikum der Politik der Inneren Sicherheit und schon seit Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre zu beobachten.¹ Doch auch die an Hochschulen angesiedelte Forschung ist nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit kritischer Bezugnahme auf das Thema.

Die sozialwissenschaftliche Forschung zu Innerer Sicherheit umfasst ein breites Spektrum an Teildisziplinen (vgl. Beste 1983: 227 f.). Dieses Kapitel konzentriert sich auf sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten in einem engeren Sinne: soziologische und politikwissenschaftliche –

1 Der Befund belegt zugleich den Doppelcharakter von Gesellschaftswissenschaft im Allgemeinen und Politikwissenschaft im Besonderen. Häufig mit einem herrschaftskritischen Anspruch überidentifiziert, zeigt sich, wie sehr sie auch der Stabilisierung repressiver Herrschaftssicherung dienen kann (vgl. Agnoli 1990).

wohlwissend, dass solche immer auch Anleihen in Nachbardisziplinen (bspw. Kriminologie, Rechtssoziologie etc.; vgl. Lange 1999: 72) nehmen.

Eine Schwierigkeit besteht allerdings in der kompletten Erfassung aller Publikationen, die diesem Feld zugerechnet werden (könnten). Zwar lässt sich nach Titelbezügen auf Innere Sicherheit suchen,² es ist aber nahezu unmöglich, die Vielzahl an bisher erschienenen Fachartikeln und einzelnen, möglicherweise relevanten Beiträgen in Sammelbänden zu ermitteln. Hinzu kommt ein noch unübersichtlicheres Feld an so genannter grauer Literatur. Aber selbst Monographien sind nicht ohne Probleme recherchierbar, sobald sie im Titel Paraphrasierungen für das Thema Innere Sicherheit wählen.

Schlussendlich ist zu konstatieren: Die Sichtung des aktuellen Forschungsstandes stellt selbst einen *Akt der Konstruktion* dar, denn – im Vorgriff auf den Methodenteil – in einem Feld, das ebenso facettenreich und schillernd ist wie sein Gegenstand, ist der Versuch, zugehörige Texte zu benennen, immer auch Auslegungssache.

Was bleibt, ist die schrittweise Eingrenzung. Zum einen bietet es sich an, insbesondere aktuelle sozialwissenschaftliche Veröffentlichungen zu berücksichtigen. Gleichwohl sind ältere Publikationen zu ermitteln, um parallel zum Wandel der Inneren Sicherheitspolitik den Wandel und die Kontinuitäten ihrer Erforschung in die Analyse einzubeziehen. Zum anderen erschließen sich weitere, gerade auch ältere, aber immer noch bedeutsame Texte und Arbeiten über die Lektüre vorliegender, eindeutig zuzuordnender Forschungsarbeiten zu Innerer Sicherheit.³

Der Zugang wird zunächst unter Zuhilfenahme eines dreigliedrigen Schemas vorstrukturiert. Es lassen sich idealtypisch drei Ebenen unterscheiden, auf denen eine Bearbeitung erfolgt. So finden sich Beschreibungsweisen der Politik der Inneren Sicherheit, die

- Innere Sicherheit in erster Linie mit Blick auf deren nicht grundsätzlich hinterfragte Bedrohung und Feindbilder untersuchen und daraus notwendige Sicherheitspolitik**erfordernisse** ableiten (Dimension Gefährdung).
- verabschiedete oder absehbare neue Gesetze und aus diesen resultierende qualitative und quantitative Veränderungen des Sicherheitsap-

2 Siehe hierzu die aus diesem Anlass durchgeführte Literaturrecherche im Bestand der Deutschen Bibliothek.

3 Gleichzeitig ist dies ein sehr anschauliches Beispiel für die *Sättigung* eines Diskurses: Wenn man die einschlägigen Forschungsarbeiten zum Thema sichtet und insbesondere auf die dort verwiesene Sekundärliteratur fokussiert, hat man innerhalb recht kurzer Zeit einen Text-Pool von Quellen ermittelt, der in den meisten Arbeiten – mehr oder weniger komplett – als Referenzliteratur anzutreffen ist.

parates betrachten. Hierbei wird keine eindeutig bewertende Position zu herrschenden Feindbildern eingenommen (Dimension Institution).

- Innere Sicherheit aus explizit normativ-kritischer Perspektive analysieren und hierbei angenommene Gefährdungspotenziale in den Mittelpunkt rücken, die von einer Politik der Inneren Sicherheit selbst ausgehen (Dimension Kritik).

In praxi überschneiden sich die drei Bereiche freilich. Es liegt nahe, den letzt genannten Punkt als eine spezifische Variante des zweiten zu begreifen. Gerade diese beiden beziehen sich in der Regel *reaktiv* auf die Politik Innerer Sicherheit, wodurch es zu einem gewissen Zeitversatz der Bearbeitung kommt. Das bedeutet, dass sich zwar – wie auch in den meisten Analysen festgestellt wird – der Begriff der Inneren Sicherheit Ende der 1960er- Jahre im politischen Sprachgebrauch etablierte, zum Gegenstand dezidiert sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten wurde er allerdings erst mit einer gewissen Verzögerung. Trotz der Nähe der beiden letztgenannten Punkte zueinander, soll deren Unterscheidung jedoch beibehalten werden, da, wie sich später zeigen wird, diese für die anvisierte Differenzierung zwischen Konservativem und Kritischem Diskursstrang ergiebig ist.

Recherche Buchveröffentlichungen zum Thema Innere Sicherheit

Um sich einen Überblick über Umfang und Entwicklung von Veröffentlichungen zum Thema zu verschaffen, wurde eine Literaturrecherche im Buchbestand der Deutschen Bibliothek (DB) in Frankfurt am Main durchgeführt.⁴ Die Rechercheauswertung wurde grafisch umgesetzt und

- 4 Gesucht wurde im Online-Katalog des Gesamtbestandes (OPAC) nach allen Fundstellen („Alle Wörter <woe>“) von „innere# sicherheit“. Der sog. OPAC umfasst den Gesamtbestand der Deutschen Bibliothek Frankfurt am Main ab 1945. Enthalten sind die in Deutschland erschienenen Monographien, Zeitschriften, Dissertationen und Habilitationsschriften (Auskunft DB). Die Trunkierung mittels „#“ erlaubte es, auch Deklinationen der Wortkomposition Innere Sicherheit zu berücksichtigen. Es wurde nur nach Buchpublikationen gesucht, wobei die DB allerdings auch Broschüren als Bücher führt. Das erste Suchergebnis wurde anschließend einer Auswertung unterzogen. Hierbei erfolgte die Sichtung der bis dahin ausgewiesenen Treffer daraufhin, ob das Wortpaar (i/I)nnere Sicherheit (einschließlich Deklinationen) im Titel und Untertitel auftauchte. Nur diese Bücher wurden gezählt. Weitere einschränkende Kriterien waren: nur deutschsprachige Titel, der Verlagsort (bei mehreren Orten: mindestens einer) musste in der Bundesrepublik liegen und die Buchveröffentlichung musste thematisch (mehr oder weniger) auf Innere Sicherheit in der Bundesrepublik fokussiert sein. Titel wie beispielsweise *Streitkräfte und innere Sicherheit in Mexiko* (Moloeznik/Marcos 1998), *Mehr Sicherheit – heute*

steuert aufschlussreiche und verwertbare Anhaltspunkte zur Analyse des Sicherheitsdiskurses bei.

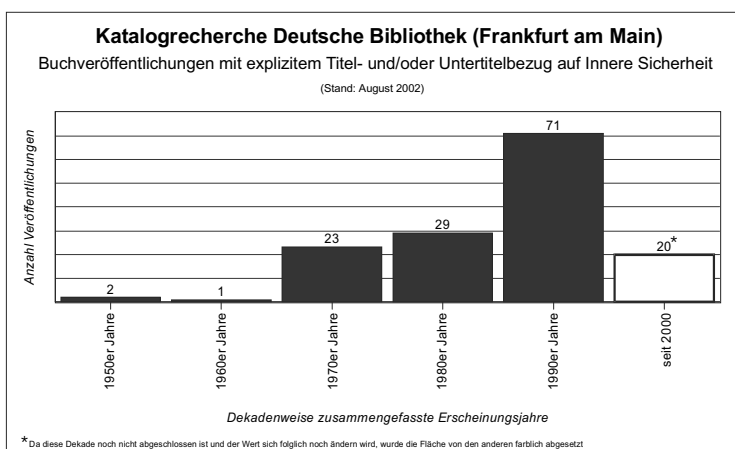


Abbildung 1: Grafik „Katalogrecherche Deutsche Bibliothek (Frankfurt am Main) zu Buchveröffentlichungen mit explizitem Titel- und/oder Untertitelbezug auf Innere Sicherheit“

Drei markante Deutungsangebote lassen sich formulieren:

- Die tendenzielle und vor allem signifikante Zunahme von Publikationen ab den bzw. in den 1970er-Jahren deckt sich mit der Einschätzung, dass Innere Sicherheit als prominenter Begriff in der politi-

und morgen. Bilanz des Aktionsprogramms „Innere Sicherheit 1994“, herausgegeben vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement in Bern (Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement 1995) oder auch *Untersuchungen zur inneren Sicherheit von Kraftomnibussen* (Gandel/Niewöhner 1995) wurden bei der Zählung nicht berücksichtigt. Neuauflagen älterer, Vordekaden bereits zugerechneter Bücher wurden im jeweiligen Erscheinungszeitraum (der Neuauflage) erneut berücksichtigt. Irrelevant war zudem, ob es sich um historisierende Veröffentlichungen zu Innerer Sicherheit oder solche mit Aktualitätsbezug handelte, da es an dieser Stelle nicht um die Frage der Zulässigkeit einer historischen Rückprojektion des Begriffs Innere Sicherheit ging, die m.E. höchst problematisch ist. Einschränkend gilt es anzumerken, dass durch die o.g. Titelbeschränkungen gewisse Unschärfen hinsichtlich der Aussagekraft über erschiene Publikationen zum Thema Innere Sicherheit entstehen, da einige Publikationen nicht erfasst werden. Hierbei handelt es sich sowohl um Monographien als auch um Aufsatzsammlungen, welche die Suchworte *nicht* im Titel bzw. Untertitel führen. Darüber hinaus ist aber zu vermuten, dass eine (Mit-)Berücksichtigung der angesprochenen nicht erfassten Werke zwar die absoluten Zahlen (nach oben) verändern würde, das jetzt schon bestehende Verhältnis der Publikationsumfänge je Dekade relativ zueinander, aber in seiner Dynamik unverändert bliebe.

schen Auseinandersetzung überhaupt erst seit Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre von Bedeutung ist, auch aus publikationspraktischer Sicht nachdrücklich.

- Generell ist der Trend der kontinuierlichen Zunahme dazu geeignet, die Einschätzung zu untermauern, dass die Erforschung *reaktiv*, also mit einem gewissen Zeitversatz erfolgte. Innere Sicherheit wurde zwar bereits in den 1970ern als Gegenstand entdeckt, konnte sich als solcher aber erst in den darauffolgenden Jahren zunehmend etablieren. Erheblich einschränkend gilt es anzumerken, dass bei den ausgewerteten Titelangaben allerdings *nicht* danach differenziert wurde, ob es sich um Forschungsarbeiten, Parteiprogramme oder etwa Informationstexte des Bundesministerium des Innern handelt. Dies wäre zukünftig genauer zu untersuchen.
- Für die dritte Deutung ist dieser Aspekt jedoch unerheblich. Die Auswertung zeigt, dass bis heute, gemessen an der Zahl der Veröffentlichungen, die 1990er-Jahre einen absoluten Höhepunkt markieren. Hierfür könnte es verschiedene Erklärungen geben. Abgesehen wird hier von der Deutung, dass eine generelle, allgemeine Zunahme von Buchpublikationen zu verzeichnen sei und somit gar kein spezifischer Thementrend vorläge. Sieht man ferner davon ab, die Zunahme sei auf eine Häufung retrospektiver Werke infolge verschiedener Jahrestage von für den Sicherheitsdiskurs zentralen Ereignissen zurückzuführen (20 Jahre „Deutscher Herbst“ o.ä.), bliebe u.a. die Interpretation, hier handele sich um einen auffälligen Bedeutungszuwachs des Themas Innere Sicherheit im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Dieser könnte zugleich unmittelbar damit in Verbindung stehen, dass Innere Sicherheitspolitik als spezifische gesellschaftspolitische Sicht- und Bearbeitungsweise an Einfluss gewonnen habe.

Jener letzte Befund stünde zunächst im Gegensatz zu einer häufig anzutreffenden Position, nach der die 1970er-Jahre die Hochphase der Inneren Sicherheit markieren. Träfe die oben vorgestellte Interpretation zu, wäre einerseits diese Einschätzung zu revidieren. Andererseits wäre erklärungsbedürftig, was diese umgekehrte Wahrnehmung, dass zwar die Politik der Inneren Sicherheit aktuell sehr bedeutsam sei – mit den bedrohlichen Tendenzen, die ihre Kritiker ihr vorwerfen –, aber die 1970er-Jahre als vorläufiger Höhepunkt an massiver Repression gelten, ermöglicht. Unerwartet zeigt sich, dass die Literaturrecherche ein Indiz liefert, welches eine vorgestellten Hypothesen stützt: In den 1970er-Jahren (und teilweise auch noch in den 1980er-Jahren) stand der breite gesellschaftspolitische Protest im Fadenkreuz des Sicherheitsapparates.

Die Stichworte lauteten „Protest und Reaktion“ (Steinert/Sack 1984) oder, in Anlehnung an Narr (1977), „Wir Bürger als Sicherheitsrisiko“. Aufgrund der aktuellen Feindbildentwicklung/-verschiebung, die mittlerweile so genannte Ausländer/Fremde (in verschiedenen Variationen) als Hauptfeindbild in den Mittelpunkt von Innerer Sicherheitspolitik rückt, sank/sinkt jedoch der Repressionsdruck auf die bisherigen „Feinde“ (Linke, Protest- bzw. Neue Soziale Bewegungen), aus deren Umfeld sich auch ein Großteil der exponierten Kritiker der Inneren Sicherheit herausbildete. Das – aus der Betroffenheitsperspektive der ehemals Kriminalisierten – beobachtbare Schwinden des Repressionsdrucks führt bei diesen zu der Wahrnehmung, die 1970er-Jahre seien im Vergleich zu den 1990er-Jahren Kulminationspunkt der Verfolgung. Das heißt, die unmittelbaren Auswirkungen der in den 1990er-Jahren aktuell herrschenden Sicherheitspolitik seien, obschon weiterhin kritisierbar, zugleich weniger spürbar.

Es erscheint vielversprechend, die Recherche weiter zu verfeinern und nicht nur dekadenweise, sondern auch je Erscheinungsjahr auszuwerten. Eine erste, oberflächliche Auswertung der einzelnen Jahre der Dekade der 1990er-Jahre ergab eine auffällige Häufung von Veröffentlichungen im Bundestagswahljahr 1994. Überprüfenswert wäre die These, ob solche Häufungen auch in anderen Bundestagswahljahren zu beobachten sind. Untermuert wird die These von der Annahme, dass Innere Sicherheit bekanntermaßen ein prominentes Thema ist, mit dem sich insbesondere Parteien in Wahlkämpfen zu profilieren versuchen. Die erhöhte gesellschaftliche Bedeutung in solchen Phasen schlägt sich möglicherweise auch in einer umfangreicheren Publikationszahl nieder.

Wenngleich das Thema auf der Ebene von (Fach-)Artikeln in Zeitschriften und Sammelbänden bereits seit Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre präsent ist, belegt die Literaturrecherche darüber hinaus, dass die Auseinandersetzung in Gestalt von umfangreicheren Buchveröffentlichungen bzw. Monographien, die das Wortpaar Innere Sicherheit im Titel bzw. Untertitel explizit ausweisen, sich dem Thema also im engeren Sinne widmen, bis weit in die 1970er-Jahre von politischen Institutionen auf Landes- und Bundesebene dominiert wird (bspw. Schwarz 1974⁵; Bilstein/Binder 1976; Merk/Werthebach 1977; Schoreit 1979).

5 Bezogen auf die vorgestellte Literaturrecherche widmet sich die Publikation *Sicherheit oder Freiheit?* (Schwarz 1974) tatsächlich als erste Monographie explizit dem Thema – sieht man einmal von der Publikation des Autors Hans von Lex ab, die bereits 1958 unter dem Titel *Die innere Sicherheit der Bundesrepublik* erschien (Lex 1958). Allerdings handelt es sich bei letztgenannter nicht um ein Buch, sondern eine kleine Broschüre von lediglich zwanzig Seiten Umfang. Die Veröffentlichung ist kein Ergebnis sozialwissenschaftlicher Forschung, sondern die (innen-)politische

Diese Art Publikationen bilden eine Grauzone, die zwischen politikwissenschaftlichen Analysen und politischen Texten anzusiedeln ist. Die Buchveröffentlichungen bzw. ihre Autoren zeichnen sich oftmals durch eine besondere Nähe zu politischen Institutionen und/oder Agenturen des institutionellen Sicherheitsapparates aus, sind teils dort exponiert tätig. Die Texte sind insbesondere geprägt von juristischen (häufig: verfassungsrechtlichen) Fachdiskursen. Streckenweise fällt aber auch ein sozialwissenschaftlicher Jargon ins Auge. Letztlich indiziert dieser Punkt auch, wie sehr sich der Bereich Politik und die Sicherheitsorgane in der Auseinandersetzung um die Entwicklung der Inneren Sicherheit während dieser Zeit einem erhöhten Legitimations- oder wenigstens Erklärungsdruck ausgesetzt sahen.

Die politikwissenschaftliche Bearbeitung des Themas Innere Sicherheit

Zu betonen ist der Doppelcharakter eines Teils der herangezogenen Texte. Doppelcharakter meint hier den Status kritischer Texte, sowohl wesentlicher Teil der Beobachtungsperspektive als auch Untersuchungsgegenstand zu sein. Dieser wohnt ihnen nicht von vornherein inne, sondern ergibt sich aus der allgemeinen Eigenschaft wissenschaftlicher Texte, an Vorarbeiten positiv anzuknüpfen und aus der speziellen Absicht, in dieser Arbeit erstmals auch den Kritischen Diskursstrang als eigenen Gegenstand zu erfassen.

Bisher erschienene Forschungsarbeiten und (kritisch-)sozialwissenschaftliche Kommentare zum Thema bilden den Ausgangspunkt dieser Untersuchung. Sie werden in Anspruch genommen, um Aspekte des Sicherheitsdiskurses, die hier nicht erneut näher untersucht werden sollen, zu resümieren. Dem diskurstheoretischen Ansatz folgend, sind wissenschaftliche Texte zum Thema Innere Sicherheit zugleich als Bestandteile des Sicherheitsdiskurses selbst aufzufassen. Sozial- bzw. politikwissenschaftliche Forschung wird somit partiell sowohl zum Referenzpunkt als auch zum Gegenstand der Untersuchung. Das wird später

Stellungnahme eines Staatssekretäres im Bundesministerium des Innern und geprägt vom herrschenden Antikommunismus der Adenauerzeit. Die Quelle ist also vor allem in Hinblick auf das Erscheinungsjahr interessant. Sie blieb bis Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre, d.h. bis zu Schwarz (1974) auch die einzige, da man die Veröffentlichung *Finanzpolitik im Kräftefeld zwischen innerer und äusserer Sicherheit* (Etzel 1960) außer Acht lassen kann, die zwar Innere Sicherheit im Titel führt, sich aber des Themas lediglich marginal und vor allem unter finanzpolitischem Gesichtspunkt annimmt.

besonders deutlich, da (kritische) Texte, auf die in dieser Arbeit auch Bezug im Sinne von Sekundärliteratur genommen wird, im empirischen Teil als Primärliteratur, d.h. als Untersuchungseinheiten herangezogen werden.

Wie schon angedeutet, lässt sich aus heutiger Sicht und in Anbetracht der zwischenzeitlich zu dem Thema angehäuften soziologischen und politikwissenschaftlichen Erkenntnisse, eine Vielzahl von Publikationen und Forschungsarbeiten, die sich nicht *expressis verbis* Innerer Sicherheit widmen, der Erforschung des Sicherheitsdiskurses zurechnen (bspw. Sack/Steinert 1984; Wagner 1992; Jäger et al. 1998). Die angekündigte Einschränkung, sich in Anlehnung an die Literaturrecherche in erster Linie auf Arbeiten zu beziehen, die einen Titel-/Untertitelbezug auf Innere Sicherheit aufweisen, schließt nicht aus, jene angesprochenen Werke im Fortgang der Arbeit vereinzelt einzubeziehen, sofern sie relevante Aussagen enthalten. Wichtig ist überdies der Hinweis, dass ein Gutteil der Arbeiten ihren Gegenstand – unabhängig ob sie sich nun implizit oder auch explizit auf Innere Sicherheit beziehen – aus ideologiekritischer Perspektive in den Forscherblick rücken bzw. ihn mehr oder minder offenkundig auf Grundlage der Kritischen Theorie betrachten.

Bis heute wurden zahlreiche Arbeiten veröffentlicht, die je unterschiedliche Aspekte Innerer Sicherheit analysieren. So erschienen diverse einzelne, thematisch relevante Aufsätze in Zeitschriften oder Sammelbänden, ohne dass die Sammelbände oder Zeitschriften sich in Gänze mit dem Thema Innere Sicherheit befassten (vgl. bspw. Seifert 1981; Bull 1984). Seit 1978 erscheint zudem mit *Bürgerrechte & Polizei. CILIP* ein Periodikum, welches sich ausschließlich der Thematik widmet (vgl. CILIP 1978; vgl. auch Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit 1993). Es liegt zudem eine ganze Anzahl von Einzelpublikationen vor, die dem Thema insofern gewidmet sind, als sie die Untersuchung des Phänomens Kriminalität (vgl. Pütter 1998; Frevel 1999) oder die mit ihrer Bearbeitung in erster Linie in Verbindung gebrachte Einrichtung, die Polizei, in den Mittelpunkt rücken.⁶ Bei diesen Arbeiten ist Innere Sicherheit Subthema bzw. die thematische Zuordnung wird von den Autoren vorausgesetzt, zum Teil wird beides wohl auch gleichgesetzt (vgl. bspw. Gössner/Herzog 1982; Busch et al. 1988; Busch 1995; Gössner/Neß 1996; Winter 1998). Des weiteren ist eine Vielzahl im Umfang variierender kritisch-interdisziplinär ausgerichteter Sammel-

6 Diese vorwiegende Bezugnahme dokumentiert sich auch in Gestalt des Publikationsaufkommens zum Thema Polizei Anfang der 1970er-Jahren. In einer Phase, in welcher dem Begriff Innere Sicherheit noch nicht der Stellenwert zukam, den er heute besitzt, setzten sich kritische Stimmen in erster Linie mit Polizei auseinander (vgl. Winter 1998: 127, 188 ff.).

bände erschienen, die Wissenschaftler und Experten unterschiedlicher Teildisziplinen zusammenführen (vgl. bspw. Narr 1977, Kutscha/Paech 1981; Appel et al. 1988; Kampmeyer/Neumeyer 1993; Gössner 1995; Sack et al. 1995; Hitzler/Peters 1998). Auf weitere Buchveröffentlichungen wird nachfolgend exemplarisch näher eingegangen. Die Schilderung beabsichtigt jedoch nicht, Anspruch und Inhalt in jeder Hinsicht zu resümieren, sondern betont besondere, für den weiteren Fortgang der Untersuchung relevante Aspekte.

Politik der inneren Sicherheit

1980 erschien der von Erhard Blankenburg herausgegeben Band *Politik der inneren Sicherheit* (Blankenburg 1980). Es war neben Hirschs *Der Sicherheitsstaat* (1980) eine der ersten sozialwissenschaftlichen Buchveröffentlichungen zum Thema (nach Wiegreffe 1976⁷ und Brückner, Schmitt 1977), da man von den zahlreichen regierungsnahen und vor allem regierungstreuen Schriften diesbezüglich absehen kann. Der Sammelband Blankenburgs entstand laut eigenen Angaben unter dem unmittelbaren Eindruck des Spannungsverhältnisses von Politik Innerer Sicherheit und so genanntem Terrorismus (Stichwort: „Deutscher Herbst“). Der thematische Zugang erfolgt somit auch nicht begrifflich-systematisch sondern eher aktualitäts- und ereignisbezogen – was kein Manko ist (vgl. Blankenburg 1980: 7 ff.). Das Buch ist keine in sich geschlossene Forschungsarbeit, sondern es bearbeitet, in Gestalt von wesentlich rechts- und kriminalsoziologisch geprägten Aufsätzen (z.T. unter ländervergleichender Perspektive) Teilthemen wie Polizeientwicklung (vgl. Funk et al. 1980) oder liefert vergleichende Betrachtungen in Bezug auf die Antiterrorpolitik in den 1970er-Jahren in Italien (vgl. Ferrari 1980). Das Schwerpunktinteresse liegt auf den Auswirkungen der Politik Innerer Sicherheit auf die Protestbewegung(en) in der Bundesrepublik (vgl. Scheerer 1980; Karstedt-Henke 1980). Hervorgehoben wird dabei die „ungerechtfertigte“ Kriminalisierung der Protestbewegung, d.h. die „Illegitimisierung“ von deren Anliegen im Zuge der Politik Innerer Sicherheit (vgl. Karstedt-Henke 1980: 170). Interessant ist zudem, dass die Komponente der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung, die zumindest bei heutigen kritischen Bezugnahmen auf aktuelle Sicher-

7 Bei der bereits 1976 vorgelegten Arbeit *Grundgesetzänderungen zur „Inneren Sicherheit“ seit 1967* von Wiegreffe (1976) handelte es sich um eine Dissertation, die nicht (auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt) als Verlagspublikation erschien, sondern als maschinenschriftliches Kopierexemplar in der Deutschen Bibliothek vorliegt, so dass sie nicht als klassische Buchveröffentlichung gewertet wird.

heitspolitik in der Regel angesprochen wird – beispielsweise dergestalt, dass die installierten oder vorgeschlagenen sicherheitspolitischen Instrumente dazu nicht taugen – hier völlig fehlt.⁸ Allerdings ist das vor dem Hintergrund der damaligen gesellschaftlichen Situation verständlich, in welcher der Protestbewegung und kritischen Intellektuellen (die häufig im Wissenschaftsbetrieb angesiedelt waren) angesichts der innenpolitischen Eskalation (Stichwort: Terrorismus-Staatsrepressions-Spirale) und infolge elementarer staatlicher Einschüchterungsversuche, Rechtfertigungszwänge auferlegt wurden. Die kritisch-sozialwissenschaftliche Bearbeitung der Politik Innerer Sicherheit konzentrierte sich folglich in dieser Zeit in erster Linie auf das Verhältnis von so genannter Anti-Terrorgesetzgebung und Protestbewegung.⁹

Insbesondere der bei Blankenburg (1980) zum Ausdruck kommende Bezug auf Protestbewegung ist wichtig. Es deutet sich an, dass die Kritiker als Fürsprecher der Protestbewegung letztlich *auch* in eigener Sache wirkten. Sie nahmen hierbei eine Doppelrolle ein, d.h. waren einerseits kritische Sozialwissenschaftler und zugleich selber Teil der Protestbewegung (vgl. hierzu die Autorenangaben in Blankenburg 1980: 238).

- 8 Diese heutige Bezugnahme ist ein weiteres Indiz für die Tendenz, nach der Kritiker, nach „Verlust“ der direkten Betroffenheit, sich weiterhin als Verteidiger und kritische Experten *gegen* eine Politik der Inneren Sicherheit positionieren. Die Verarbeitung der Verfolgungs- bzw. Ausgrenzungserfahrung vollzog sich durch den gleichzeitig stattfindenden geordneten Rückzug u.a. in die Nischen des Wissenschaftsbetriebes insbesondere auch in Gestalt der Verwissenschaftlichung der Kritik an Innerer Sicherheit und einer diesbezüglichen Professionalisierung, so dass einerseits die Abnahme des Repressionsdrucks auf die Linke und andererseits die Professionalisierung dazu führen, sich als Kritiker auch dem Thema der „gewöhnlichen“ Kriminalitätsbekämpfung zuzuwenden. Wobei die Kritik an der aktuellen Inneren Sicherheitspolitik weiterhin zentral von der Befürchtung der Verfolgung und Gefährdung der unbescholtenen Bürger unterlegt ist.
- 9 Es ist hier noch einmal zu betonen, dass in der damaligen Situation die beschriebene kritische Auseinandersetzung mit dem Thema *nicht* etwa einer Wahlmöglichkeit entsprang, die angeboten hätte, auch andere Aspekte Innerer Sicherheit kritisch zu bearbeiten. Vielmehr galten die angesprochenen Gruppen und Szenen damals als Hauptfeinde und -ziele staatlicher Repression, deren Spektrum von paramilitärischer Reaktion bis zum Berufsverbot reichte.

Der Sicherheitsstaat¹⁰

Im selben Jahr wurde von dem Politikwissenschaftler Joachim Hirsch die Politik Innerer Sicherheit aus Perspektive der materialistischen Staatstheorie in einem umfassenden Kontext als maßgeblicher Bestandteil der Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse im Fordismus analysiert. Hierbei prägte Hirsch den Begriff „Sicherheitsstaat“ (vgl. Hirsch 1980; ders. 1995: 156 ff.), der breit rezipiert wurde und als analytisch-deskriptive Kategorie Eingang in eine Vielzahl – insbesondere sich als kritisch-sozialwissenschaftlich verstehender – Arbeiten fand und bis heute findet. Die Untersuchung institutioneller Details der Inneren Sicherheitspolitik trat bei Hirsch zugunsten der Betonung demokratietheoretischer Fragestellungen im Gesamtverhältnis von Staat und Gesellschaft in den Hintergrund. Insofern ist Hirschs Arbeit einer mehr makrosoziologischen Beobachterposition verpflichtet. Der „Sicherheitsstaat“ markiert nach Hirsch eine spezifische Entwicklungsphase kapitalistischer Gesellschaft (in der Bundesrepublik), die insbesondere durch die „eigentümliche Verquickung“ wohlfahrtsstaatlicher und repressiver Elemente charakterisiert werden kann (vgl. Hirsch 1995: 156 ff.). Die staatstheoretische Weitung setzt Hirschs Analyse von anderen Arbeiten ab, da sie es vermag, die Entwicklung über unmittelbar sicherheitspolitische Dimensionen hinaus in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu rücken.

Zwar hebt auch Hirsch, weil er sich ähnlich wie Blankenburg einer demokratietheoretischen Perspektive verpflichtet sieht, die negative Bedeutung und unmittelbaren Auswirkungen der Politik Innerer Sicherheit für die sog. Alternativbewegung hervor (Stichworte: Repression und Kriminalisierung politischen Protests). Er geht aber noch einen Schritt weiter und verknüpft seine Analyse mit der Frage nach den Bedingungen linker Politik im Sicherheitsstaat (vgl. Hirsch 1986: 134 ff.). Damit wird der Versuch unternommen, die seinerzeit in weiten Teilen durch aufgeherrschte Loyalitätsbekundungen zur so genannten freiheitlich demokratischen Grundordnung und die Fixierung auf die Drohpotenziale staatlicher Repression entstandene Lähmung der Alternativbewegung zu überwinden. In neueren Arbeiten aktualisiert Hirsch seine Analysen zum „Sicherheitsstaat“ und konstatiert für die 1990er-Jahre einen Wandel hin zum „nationalen Wettbewerbsstaat“ (vgl. Hirsch 1995).

10 Nachfolgende Seitenangaben zu *Der Sicherheitsstaat* beziehen sich auf die überarbeitete Neuauflage aus dem Jahr 1986.

Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit

Anfang der 1990er-Jahre erscheint eine weitere, umfangreiche politikwissenschaftliche Analyse unter dem Titel *Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit* (Jaschke 1991). Sie legt die Betonung, wie der Titel bereits andeutet, auf das Konzept „Streitbare Demokratie“ (vgl. ebd.: 26). Folglich ist auch diese Arbeit ganz maßgeblich an demokratietheoretischen Fragestellungen orientiert. Der Anspruch des „verfassungspolitischen Gebotes ‚streitbare Demokratie‘“ (ebd.) wird von Jaschke in theoretischer und praktischer Hinsicht untersucht. Hierbei rekurriert er auf Innere Sicherheit (und insbesondere auf die als „Deutscher Herbst“ bezeichnete innenpolitische Phase in der Bundesrepublik einschließlich der ihr unmittelbar folgenden Zeit Ende der 1970er-Jahre) zunächst als einem historisch-konkreten Beispiel, anhand dessen spezifische Ausgrenzungsstrategien beobachtet und analysiert werden können. Zugleich interpretiert Jaschke Innere Sicherheit aber als „ordnungspolitische Umsetzung“ des Konzepts „streitbare Demokratie“. Beide Konzepte seien nicht als Gegensätze zu deuten, vielmehr bestehe zwischen beiden ein elementarer Zusammenhang.

Jaschke begreift seine Studien als „Politikfeld-Analysen“, die sich (seinerzeit) neuen konzeptuellen Ansatzpunkten verpflichtet fühlen und untersucht seinen Gegenstand auf der „Ebene von *polities*“ und auf der „Ebene von *politics*“ (vgl. ebd.: 27; Hervorh. i. Orig.).¹¹ Methodologisch orientiert er sich zugleich an Ansätzen, die der soziologischen Diskussion über Devianz und soziale Kontrolle nahestehen.

Im Rahmen seiner Beschäftigung mit Innerer Sicherheit liefert Jaschke eine sehr umfassende und detaillierte Beschreibung nicht nur in Bezug auf deren institutionelle Strukturen und Entwicklungen, sondern ebenso hinsichtlich Feindbildern bzw. Feindbildentwicklung und deren Funktion. Als Indikator und historischer Prüfstein der Entwicklung fungieren die Neuen Sozialen Bewegungen bzw. „entgrenzte Protestpotentiale“ auch bei Jaschke. Zwar beschränkt er das Wahrnehmungsraster in seiner Studie nicht auf linke Protestbewegung (vgl. ebd.: 21), für die weitere Untersuchung ist aber gerade seine diesbezügliche Einschätzung von besonderer Bedeutung: „Der ‚deutsche Herbst‘ war nicht allein geprägt durch den Terrorismus, er stellt vielmehr den Versuch dar, die Linke in der Bundesrepublik insgesamt zu diskreditieren“ (ebd.: 30).

11 Unter dem Begriff „*polities*“ behandelt Jaschke „wissenschaftliche, institutionelle und verfassungstheoretische Normensysteme“, unter „*politics*“ siedelt er „die historisch-dynamischen Entwicklungen von Institutionen politischer Kontrolle“ an (vgl. Jaschke 1991: 27).

Jaschkes Betrachtungen zur Rolle „Linke[r] und linksliberale[r] Intellektuelle[r] im ‚Deutschen Herbst‘“ (ebd.: 269) liefern einen weiteren, wichtigen Hinweis: Nicht bloß die linke oder links-alternative Protestbewegung im Allgemeinen war hiervon betroffen, sondern insbesondere linke und linksliberale Intellektuelle waren exponiert in die innenpolitische Auseinandersetzung involviert. Diese Erkenntnis mag heute banal anmuten. Jedoch ist dieser Hinweis für den Fortgang meiner Untersuchung sehr wichtig. Jaschke illustriert seine Schilderung mittels konkreter Beispiele. Unter anderem erwähnt er eine Intervention der „Humanistische Union (HU)“ (vgl. ebd.). Wichtig sind Jaschkes Schilderungen weil sie verdeutlichen, dass und wie besagte linke und linksliberale Intellektuelle und Organisationen, wie z.B. die HU, im Rahmen der damaligen Inneren Sicherheitspolitik direkt von den Ausgrenzungstendenzen betroffen waren und in der darum stattfindenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung dagegen Position bezogen.

Innere Sicherheit im Politischen System der Bundesrepublik Deutschland

Mit der 1999 veröffentlichten Studie *Innere Sicherheit im Politischen System der Bundesrepublik Deutschland* (Lange 1999) wird schließlich eine weitere Politikfeldanalyse vorgelegt. Auch sie untersucht – ähnlich Jaschkes Arbeit, aber in Verfeinerung der Dimensionen – ihren Gegenstand bezogen auf die Ebenen: „Polity (Institutionen), Politics (Prozesse) und Policy (Inhalte)“ (ebd.: 72). Allerdings muss man dazu sagen – und dies gilt ebenfalls für die Studie von Jaschke –, dass diese Differenzierungen in der politikwissenschaftlichen Forschung nichts Ungewöhnliches oder Besonderes sind. Vielmehr dokumentieren sie eine bestimmte Spielart politikwissenschaftlicher Herangehensweisen. Im Unterschied zu Jaschke rückt Lange jedoch Innere Sicherheit ins Zentrum seiner Untersuchung. Seine Analyse des Politikfeldes prägt eine vorherrschend institutionelle Ausrichtung (insbesondere auf Sicherheitseinrichtungen), was freilich im Gegenstand begründet liegt. Interessant ist hierbei insbesondere die Verlagerung des Beobachtungsfokus auf Aktivitäten und Konkurrenzen verschiedener institutioneller Akteure im Politikfeld Innere Sicherheit, begründet durch den mit der Konzeption des Politikfeldes eingeführten Akteursbegriff. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist für Lange hierbei der Prozess der Europäisierung und die Frage nach damit möglicherweise verbundenen Bedeutungsverlusten bestimmter institutioneller Akteure im bundesdeutschen Sicherheitsverbund. Die in anderen Arbeiten häufig im Vordergrund stehende demokratietheoretische

Problematik wird zwar angesprochen, tritt hier allerdings hinter die besagten anderen Untersuchungsschwerpunkte zurück.

Die fast 500-seitige Studie darf aufgrund ihres Erscheinungsjahres und ihrer beträchtlichen Detailfülle, der Systematik und der umfangreichen berücksichtigten Fachliteratur und Primärquellen als derzeitiger *state-of-the-art* der Bearbeitung Innerer Sicherheit gelten. Der Sachverhalt, dass sie als Band 2 der „Reihe: Studien zur Inneren Sicherheit“ ausgewiesen ist (vgl. ebd.: 2), für deren Band 1 *Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland* Lange ebenfalls – diesmal als Herausgeber – verantwortlich zeichnet (vgl. Lange 2000a), bekräftigt diese Beurteilung. Auch wenn es sich um zwei unterschiedliche Publikationen handelt, sollen beide an dieser Stelle gemeinsam behandelt werden. Der Sammelband ergänzt die Monographie dergestalt, dass er die demokratietheoretische Bedeutung des Themas, welche in *Innere Sicherheit im Politischen System der Bundesrepublik Deutschland* eine untergeordnete Rolle spielte, in den Vordergrund rückt. Der von Lange herausgegebene Sammelband ist zugleich als „Bestandsaufnahme der interdisziplinären Forschung zur Inneren Sicherheit“ (ebd.: 438) zu verstehen. Er versammelt hierzu eine Vielzahl von kritischen Inneren Sicherheitsexperten. Die Beiträge drehen sich im Kern um die Frage des Spannungsverhältnisses zwischen staatlicher Sicherheitspolitik und Demokratie in der Bundesrepublik.¹² Dem Aspekt der demokratischen Kontrolle, der sich

12 Die Veröffentlichungen sind insbesondere auch unter verbands- und forschungspolitischer Perspektive zu betrachten. Lange ist (Mit-)Initiator und Sprecher des „Interdisziplinären Arbeitskreises Innere Sicherheit“ (AKIS) und stellt in der Einleitung zu *Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland* diesen Band als dessen „erste nun abgeschlossene Publikation“ (Lange 2000: 8) vor. Mit der Begründung, zum Thema Innere Sicherheit wäre „bis dato [1996; TK] politikwissenschaftliche [Forschung] kaum vorhanden“ (Lange 2002), wurde versucht, den Gegenstand Innere Sicherheit in Gestalt eines eigenen und eigenständigen „Arbeitskreises“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) zu etablieren. Thematische Aspekte Innerer Sicherheit seien bis dahin vor allem von den in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) angesiedelten Sektionen „Rechtssoziologie“ und „Soziale Probleme und Soziale Kontrolle“ sozusagen *en passant* bearbeitet worden. Eine Anfang 1996 gegründete „Ad-hoc-Gruppe ‚Politikforschung Innere Sicherheit‘“ (ebd.; Hervorh. TK) wurde schließlich Ende 1999 in der DVPW als „Arbeitskreis ‚Politikfeldanalyse Innere Sicherheit‘“ (ebd.; Hervorh. TK) anerkannt. Die Bemühungen um eine breite(re) Etablierung der Politikfeldanalyse Innere Sicherheit ist sicherlich auch als intendierte Bedeutungszunahme in Hinsicht auf zukünftige Forschungsförderung zu werten. Parallel existiert dazu ein „Interdisziplinärer Arbeitskreis Innere Sicherheit“ (AKIS), der nicht den Strukturen der DVPW eingegliedert ist und wohl die disziplinübergreifende Vernetzung mit anderen Sozialwissenschaftlern gewährleisten

als Subthema ohnehin durch (fast) alle Beiträge zieht, ist ein eigener Abschnitt gewidmet. Interessant ist auch die Wendung der Kritik an demokratischen Defiziten bei der bisherigen Ausgestaltung Innerer Sicherheit.

In Abgrenzung zu den beiden Bänden bleibt zukünftigen politikwissenschaftlich ausgerichteten Arbeiten, sofern sie nicht bislang unbekanntes Material erschließen oder die Politik Innerer Sicherheit in entsprechendem Umfang neues liefert, andere Beschreibungsweisen des Themas Innere Sicherheit anzubieten und neue Perspektiven in der Analyse bekannter Dokumente zu eröffnen.

Aktualisierung und Weiterentwicklung

Es kristallisieren sich einige zentrale Aspekte heraus, die – über Arbeiten unterschiedlicher disziplinspezifischer Ausrichtungen hinweg – als allgemein anerkannt gelten können: 1. Der Beginn, im Sinne eines markanten Datums, einer Verwendungsweise des Begriffes – und mit diesem auch der Beginn einer Politik der Inneren Sicherheit –, wird auf Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre datiert (vgl. Funk/Werkentin 1977: 189; Bull 1984: 156 f.; Jaschke 1991: 75; Funk 1995: 42 f.; Lange 1999: 106 f.). 2. Zugleich sind auch Dekadenbildungen hinsichtlich der Feindbildentwicklung zu beobachten oder zumindest zeitliche Eintei-

soll, die das Thema bisher schon bearbeiteten, aber nicht der DVPW angehören. Ziel des AKIS ist es, insbesondere „die sozialwissenschaftliche Forschung zum Themenfeld Innere Sicherheit zu bündeln und in Form eines gemeinsamen Diskussions- und Arbeitsforums unter theoretischen, methodologischen und empirischen Gesichtspunkte weiterzuentwickeln“ (ebd.). Hierbei interveniert der AKIS auch unmittelbar in die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung um Innere Sicherheit: 1998 veröffentlichten einige Mitglieder des AKIS das *Memorandum zur Entwicklung der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland* (Lange et al. 1998). Im Februar 2002 veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* unter der Überschrift „Hilflos und undifferenziert werden Bevölkerungsgruppen verdächtigt“ in Auszügen eine vom AKIS verabschiedete Erklärung zur Sicherheitsgesetzgebung nach dem 11. September 2001 und deren Folgen (vgl. o.N. 2002). So gesehen kann man, rückbezogen auf den von Lange favorisierten Ansatz, Innere Sicherheit als Politikfeld zu analysieren, der an das Vorhandensein entsprechender Akteure geknüpft ist, feststellen, dass der AKIS sozusagen beides betreibt: Forcierung des politikfeldanalytischen Ansatzes und gleichzeitige Intervention in das Politikfeld Innere Sicherheit als Akteur. Womit nicht behauptet werden soll, es gebe eine Möglichkeit, sich dem Spannungsfeld von Innerer Sicherheit als Gegenstand politikwissenschaftlicher Bearbeitung einerseits und ihrer politischen Bearbeitung andererseits zu entziehen.

lungen, die solche Zuordnungen vorstrukturieren oder nahelegen (vgl. Appel et al. 1988; Jaschke 1991: 81; Lange 1999, Narr 1999: 41 ff.). 3. Auch erwähnen die meisten Arbeiten im allgemeinen kritische Positionen zu Innerer Sicherheitspolitik, die in der Regel demokratietheoretische Defizite von Innerer Sicherheitspolitik zum Gegenstand haben, zum Teil dadurch die Garantie von Bürgerrechten gefährdet sehen und daraus letztlich Forderungen nach demokratischer Kontrolle der Sicherheitsbehörden ableiten oder gar deren Fortbestand in Frage stellen (vgl. Lange 1999: 108).

Diese Arbeit knüpft insofern an den benannten Punkten und somit auch an bisher vorliegenden Forschungen an, als das sie versucht, diese Befunde *an entscheidender Stelle zu aktualisieren* bzw. darüber hinausgehend dort zwar angelegte, aber *nicht entfaltete Ansätze weiterzuentwickeln und auszuweiten*.

Aktualisierung und Differenzierung der Begriffsentwicklung

Meist wird das Aufkommen des Begriffs Innere Sicherheit mit Verweisen auf andere Studien als Themeneinstieg recht kurz abgehandelt. So hebt zum Beispiel Bull (1984) in einem Aufsatz zum Thema „Politik der ‚inneren Sicherheit‘“ in den Passagen zur Analyse des Begriffswandels auf Referenzstudien ab (vgl. ebd.: 156). Die dort in Anspruch genommene Arbeit von Schubert (1980), gleichfalls ein Fachaufsatz, liefert in dieser Hinsicht zwar relativ detaillierte Belege zum Auftauchen des Begriffs (vgl. ebd.: 609 f.), aus heutiger Sicht handelt es sich jedoch um den Forschungsstand von vor über zwanzig Jahren. Auch in Jaschkes wesentlich umfangreicherer Untersuchung von 1991 wird die Einschätzung der begriffsgeschichtlichen Datierung über Sekundärliteratur begründet, die vorherrschend den diesbezüglichen Forschungsstand von Anfang der 1980er-Jahre repräsentiert (vgl. Jaschke 1991: 75). In neuesten und sehr detaillierten Arbeiten, wie insbesondere der erwähnten Studie von Lange (1999), finden sich auch immer wieder Passagen zur Zeitpunktlegung bezüglich des verstärkten Aufkommens des Begriffs Innere Sicherheit (vgl. ebd.: 106). Allerdings stützt auch Lange seine Einschätzung der Begriffskonjunktur just auf Jaschkes Arbeit aus dem Jahr 1991, so das von der weiteren Fortschreibung bekannter Quellen auszugehen ist. Ohnehin fällt auf, so sehr der Befund zum Einsetzen der Begriffskonjunktur auch als *common sense* (kritisch-)sozialwissenschaftlicher Arbeiten gilt,¹³ so spärlich sind Detailanalysen, die dem

13 Der Hinweis auf das Jahr 1969 und das in diesem Jahr vom Bundesinnenministerium erstmals herausgegebene Periodikum *Innere Sicherheit* findet

nachgehen. Dieser Hinweis dient dazu, das Erfordernis zu begründen, die Dimension Begriffsaufkommen und -wandel aus heutiger Sicht, d.h. aktuell empirisch *en détail* und differenziert zu rekonstruieren. Diese Differenzierung wird entlang eines Ordnungsschemas geleistet, welches sowohl die institutionelle als auch die disziplinspezifische Bindung der Diskursfragmente zu berücksichtigen versucht.

Kritik als konstitutiver Bestandteil des Sicherheitsdiskurses

Ein aus der Lektüre der in diesem Unterkapitel vorgestellten Arbeiten abzuleitender Befund lautet: Die vorliegenden sozialwissenschaftlichen Analysen prägt – wenn auch in unterschiedlichem Umfang – ein Blickwinkel im Sinne von Protestorientierung. Daran schließt sich die Frage an: Welche Rolle hat Kritik im Diskurs Innerer Sicherheit? Folgende weitergehende Hypothese lässt sich formulieren: Sozialwissenschaftliche Kritik besitzt häufig einen Doppelcharakter, da sich Beobachter und Akteur, d.h. sozialwissenschaftliche Bearbeitung und politisch angeleitete Kritik, decken oder zumindest stark überschneiden (vgl. hierzu Steinert 1998: 27 f.). Zur Präzisierung möchte ich hierzu noch einmal auf die Arbeit Langes zurück kommen. Dieser fasst Innere Sicherheit als Politikfeld und betont hierbei, dass „ein Politikfeld [...] Akteure in mindestens zwei Segmenten des Politischen Systems voraus[setzt]“. Er erwähnt auch gleich zwei Beispiele für Segmente des Politischen Systems: den „Bereich staatlicher Institutionen (Ministerien, Behörden)“ und den „Bereich gesellschaftlicher Interessengruppen“ (Lange 1999: 106).

Vor dem Hintergrund dieser Mindestbedingung und in Anbetracht dessen, dass in vielen Arbeiten zum Thema Innere Sicherheit die o.g. kritischen Positionen erwähnt – und teils vertreten – werden, verwundert es, wenn aus politikwissenschaftlicher Perspektive bis heute kritische Positionen nicht als eigenständiger Bestandteil des Sicherheitsdiskurses angesehen werden und als solcher exponiert Gegenstand von Untersuchungen sind. In neueren Arbeiten deutet sich diese Perspektive zwar an (vgl. bspw. Lange 2000b: 253 f.), aber forschungspraktisch wurde sie noch nicht weiter entfaltet. Es verwundert allerdings nur insofern, als dass erst eine diskurstheoretische Fassung diese weitergehende Sichtweise ermöglicht. Solange Innere Sicherheit als in erster Linie institu-

sich ebenfalls in vielen Arbeiten als Auftaktdatum (vgl. Jaschke 1991: 75; Lange 1999: 107). Mag der Hinweis auf Datum und Publikation auch wichtig sein, gilt das Beispiel doch als weiterer Beleg für Standardschilderungen, die sich der Begriffsgeschichte meist nur einleitend und nicht eingehender widmen.

tionell dominiertes Politikfeld begriffen wird, können Kritik und Kritiker allenfalls als potenzielle Akteure, in Abhängigkeit von ihrem Tauglichkeitsgrad zu realpolitischer Partizipation, berücksichtigt werden.

Die Notwendigkeit für eine Berücksichtigung als konstitutiver Bestandteil des Sicherheitsdiskurses besteht m.E. um so mehr, da parallel zur Datierung des Einsetzens der Verwendung des Begriffs Innere Sicherheit und der damit verbundenen Politik auch die Kritik daran auf einen kontinuierlichen Prozess rekurriert, dessen Beginn bis in die Anfänge 1960er-Jahre zurück verfolgt werden kann. Eine detaillierte wissenschaftliche Erforschung der umrissenen Kritiklinie(n) stünde nicht zuletzt auch aus dem Grund an, um die kritische Position selbst weiterzuentwickeln und zu schärfen.

Innere Sicherheit unter diskursanalytischer Perspektive

Eine diskurstheoretische Fassung des Themas bietet methodologisch und methodisch gute Möglichkeiten, die o.g. Kritik an Innerer Sicherheit als eigenen Gegenstand zu erfassen und sie in einem als (Inneren) Sicherheitsdiskurs zu benennenden Forschungsfeld spezifisch zu verorten und zu untersuchen.¹⁴ Zugleich ist feststellbar, dass systematisch diskursanalytisch ausgerichtete Arbeiten zum Thema Innere Sicherheit bislang kaum vorgelegt wurden.¹⁵ Sie beschäftigen sich entweder nur mit Teilgebieten, d.h. beanspruchen nicht, *den* Sicherheitsdiskurs ins Auge zu fassen (vgl. Wagner 1992) und dies auch nicht aus politikwissenschaftlicher Sicht (vgl. Jäger et al. 1998) oder bleiben als Sammelband thematisch fragmentarisch und disparat bzw. hinsichtlich ihres diskurstheoretischen Ansatzes uneindeutig (vgl. Hitzler/Peters 1998). Wobei die genannten Arbeiten, im Gegensatz zu anderen, sicherlich einen dezidierten diskurstheoretischen Bezug haben. Die in manchen Publikationen (Aufsätze ebenso wie Monographien) vereinzelt anzutreffenden begrifflichen Einsprengsel, die auf *Diskurs* lauten, bedeuten noch nicht, dass es sich hierbei um diskursanalytische Arbeiten im o.g. Sinne han-

14 Gemeint ist hier freilich eine Fassung, die auf einem konstruktivistisch ausgerichteten Diskursverständnis aufbaut.

15 Als Ausnahme mag hier die Rolle konstruktivistisch orientierter Ansätze in der Kriminologie, d.h. insbesondere der Kritischen Kriminologie angesehen werden. Allerdings verfolgen diese eine andere fachdisziplinäre Ausrichtung. Demzufolge liegt ihnen eine nicht vergleichbare Gegenstandsbestimmung zugrunde. Hinzu kommt – was im o.g. Zusammenhang fast noch wichtiger ist –, dass selbst innerhalb jener Strömung der Kriminologie der konstruktivistische Ansatz, der seinerzeit den Unterschied zur „klassischen“ Kriminologie begründete, mittlerweile umstritten ist bzw. in die Defensive gedrängt wurde (vgl. Cremer-Schäfer/Steinert 1998: 21 ff.).

delt (vgl. bspw. Jaschke 1991: 298). Zum einen weil der Diskursbegriff durchaus auch in einem anderen theoretischen Verständnis Verwendung finden kann, zum anderen weil die Rede vom Diskurs – nicht nur in den Sozialwissenschaften – *en vogue* zu sein scheint.